

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 28

vom 13. Juli 2012

Redaktion: Katja Richardt

Schule, Jugend und Berufsbildung

Kostenlose Lernförderung an Schulen erheblich ausgebaut 2

Stadtentwicklung und Umwelt

Freie Bahn für Fische von der Elbe bis zur Alster 4

Städtebaulicher Vertrag für „Wulffsche Siedlung“ ist auf dem Weg 6

Hamburg, Schleswig-Holstein und Vattenfall haben Standortentscheidung getroffen 8

Wirtschaft und Hafen

Mit der Barkasse zur Internationalen Gartenschau igs 2013 10

Hafenbahn: Schnelles Netz für schnelle Züge 12

Internationale Bauausstellung

Grundstein für Gebäudeensemble in Wilhelmsburg-Mitte 14

Zur Information

Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte 16

6. Juli 2012/bsb06

Kostenlose Lernförderung an Schulen erheblich ausgebaut – Schülerzahl auf knapp 20.000 mehr als verdoppelt

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat heute die Ergebnisse einer Abfrage zur ergänzenden Lernförderung vorgestellt. Hamburg ist bundesweit das einzige Bundesland, das über alle Jahrgänge und Schulformen diese kostenlose Lernförderung („Nachhilfe“) für alle Schülerinnen und Schüler anbietet, die die im Bildungsplan vorgegebenen Lernziele nicht erreichen.

Schulsenator Ties Rabe: „Ich freue mich sehr, dass nach der Startphase in 2011 die kostenlose Lernförderung jetzt fester Bestandteil des schulischen Lebens geworden ist und schon nach so kurzer Zeit ein erheblicher Anteil der Schülerinnen und Schüler die Förderkurse erfolgreich abschließen konnte.“

Die Ergebnisse der Abfrage der Schulbehörde im Detail:

- Fast alle Schulen (93%) bieten mittlerweile kostenlose Lernförderung an (190 Grundschulen, 53 Stadtteilschulen, 61 Gymnasien und 37 Sonderschulen).
- Die Anzahl der Kurse ist gegenüber der Startphase in 2011 von 3.941 auf 6.347 (1. Halbjahr 2012) angestiegen (+ 160%).
- Die Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler ist enorm angewachsen von 7.689 (2011) auf 19.676 (2012) (+256%). (Hinweis: Ein Schüler kann mehr als einen Förderkurs belegen.)
- Dauer der Lernförderung: 37% der Schülerinnen und Schüler, die an der kostenlosen Lernförderung im 2. Halbjahr teilgenommen haben, werden schon nach einem halben Jahr Förderung im nächsten Schuljahr nicht mehr an der Förderung teilnehmen müssen (die Schulen bieten aber oft andere Anschlussförderungen an). Nach Fächern: In Deutsch wurde zu Förderung zu 34% erfolgreich beendet, in Mathematik zu 37%, in Englisch zu 40%, in weiteren Fremdsprachen zu 50%, in den Naturwissenschaften zu 43% und in den Gesellschaftswissenschaften zu 67%. Nach Jahrgangsstufen: Besonders erfolgreich ist die Lernförderung in den Jahrgangsstufen 5 bis 11, hier werden Erfolgsquoten zwischen 39 und 51% erreicht. In den anderen Jahrgangsstufen liegen die Erfolgsquoten zwischen 15 und 37%.
- Die Schulen setzen im Vergleich zur Startphase etwas mehr Honorarkräfte (66%) für die Lernförderung ein, weil die Erfahrungen mit ihnen gut und sie flexibler einsetzbar sind, so dass mehr Kurse angeboten werden können. Außerdem konnte die Schulbehörde die Vertragsgrundlage zum Einsatz von Honorarkräften klären (Vorjahreswert: 61%). Darüber hinaus setzen die Schulen zu 23% eigene Lehrkräfte und zu 11% gewerbliche Anbieter ein.
- Erstmals konnten auch Sonderschulen kostenlose Lernförderung anbieten. Hier wurden 924 Schülerinnen und Schüler gefördert.
- Die Förderung zielt in erster Linie auf die fachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler (86%). 14 Prozent der Kurse entfallen auf überfachliche Kompetenzen.

- Die große Mehrheit der Kurse wird in den Kernfächern Mathematik (38%), Deutsch (33%) und Englisch (15%) angeboten.
- Erstmals wurden die Schulen nach negativen und positiven Erfahrungen gefragt: Das Finden von qualifizierten Honorarkräften zu den festgelegten Honorarobergrenzen ist aus Sicht der Schulen eine Herausforderung, ebenso die mangelnde Vernetzung zwischen den Fachlehrern und den Honorarkräften. Es gelte die zusätzliche Unterrichtsbelastung der Schülerinnen und Schülern durch die Lernförderung genau im Blick zu halten. Die zeitliche Eingliederung der Lernförderung vor allem in den Ganztags schulbetrieb mit Unterrichtszeiten mindestens bis 16 Uhr, je nach Jahrgangsstufe auch später, falle nicht leicht.
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die leistungsberechtigt sind (nach Bildungs- und Teilhabepaket) ist nahezu unverändert (30%; Vorjahr 33%).

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

10. Juli 2012/bsu10

Freie Bahn für Fische von der Elbe bis zur Alster!

Stadt stellt Fischdurchgängigkeit für Hamburgs wichtigste Flüsse her

Im Dezember 2010 ist die EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in Kraft getreten. Diese verpflichtet alle Staaten der Europäischen Union, die Gewässer bis zum Jahr 2015 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu bringen. Für erheblich veränderte Gewässer, wie sie in Hamburg vorherrschen, heißt das Qualitätsziel: Gutes ökologisches Potential!

Ein Teilziel der EG-WRRL ist es, die Durchgängigkeit von Gewässern wieder herzustellen, so dass Fische und andere aquatische Lebewesen jeden von ihnen benötigten Lebensraum erreichen können (z.B. Laichgebiete in den Oberläufen der Gewässer).

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Gutes ökologisches Potential für Alster und Elbe: Das bedeutet mehr als sauberes Wasser. Die Wasserqualität ist dank moderner Kläranlagen und zahlreicher weiterer Umweltschutzmaßnahmen wieder so gut, dass ortstypische Fische darin leben können. Jetzt gilt es, das ökologische Gleichgewicht, die Strukturvielfalt und den Artenreichtum wieder herzustellen. Die neuen Fischtreppen sind ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.“

Hamburg baut zwei neue Fischwanderhilfen, eine an der Rathauschleuse und eine an der Mühlenschleuse (Nikolaifleet). Die Umsetzung der Baumaßnahme ist für den Zeitraum von Dezember 2012 bis Frühjahr 2013 geplant. Mit der Planung hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt den Landesbetriebe Straßen, Brücken und Gewässer beauftragt. Die Gesamtbaukosten betragen voraussichtlich ca. 1,3 Mio €. Ein Antrag auf EU-Fördermittel wird gestellt.

Fischaufstiegshilfen an Rathaus- und Mühlenschleuse

Die Rathauschleuse wurde 1845/1846 gebaut, um den Pegelstand der Alster zu regulieren und die erste Elbe-Alster-Schiffahrtsverbindung herzustellen. Für Fische besteht in der heutigen Zeit hier die beste Möglichkeit, von der Elbe in das Gewässersystem der Alster mit ihren Nebengewässern zu gelangen. Das gilt unter anderem für Aale, Brassen, Stichling, Hecht, Moderlieschen, Rotaugen, Ukelei und viele andere Fischarten, die inzwischen wieder in Elbe und Alster zuhause sind.

Die Kombination mit der Mühlenschleuse hat sich bei der Überprüfung aller Möglichkeiten als die am besten zu realisierende Variante herausgestellt. Da das vorgelagerte Sperrwerk zum Nikolaifleet nur selten geschlossen werden muss, ist der Zugang zum Nikolaifleet für Fische offen. Zudem wäre ein

Zugang in das Alstersystem an der Schaartorschleuse, der für Fische ebenfalls gut auffindbar wäre, mit der dort erforderlichen hohen Deichsicherheit nicht vereinbar gewesen.

Neubau Mäanderfischpass im Zuge des Umbaus der Fuhlsbütteler Schleuse

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer baut derzeit im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Fuhlsbütteler Schleuse um. Der Umbau war notwendig geworden, da die Standsicherheit des Bauwerkes langfristig nicht mehr gesichert war. Die Baumaßnahme ist im April 2011 begonnen worden.

Zur Umsetzung eines wesentlichen Zieles der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) – der Herstellung einer ökologischen Durchgängigkeit des Gewässers für Fische und Kleinlebewesen - wird ein Mäanderfischpass in die neue Anlage integriert. Der Bau des Fischpasses wird mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds bezuschusst. Die neuen Wehrklappen und der Fischpass sollen im September 2012 hergestellt werden. Die gesamte Baumaßnahme wird voraussichtlich Anfang 2013 abgeschlossen sein.

Die Gesamtbaukosten werden rd. 10 Mio € betragen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner (040)428.40-32 49,
pressestelle@bsu.hamburg.de.

12. Juli 2012/bsu12

Ergebnis der heutigen Sommertour der Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt:

Städtebaulicher Vertrag für „Wulffsche Siedlung“ ist auf dem Weg

Ein hoher Anteil der 150 Wohnungen, die im Rahmen der Neubebauung im B-Plangebiet „Langenhorn 73“ entstehen werden, sollen geförderte Wohnungen sein. Das will die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im städtebaulichen Vertrag mit den Eigentümern festschreiben. Das schafft die Garantie für soziale Mietpreise. Darüber hinaus wird eine gezielte Förderung von Senioren- und familiengerechten Wohnungen zugesichert. Bei einer Weiterveräußerung der Eigentümer an Dritte stellt der geplante städtebauliche Vertrag sicher, dass die mit der Stadt bestehenden Vereinbarungen eingehalten und weiter gegeben werden. Mit einem Abschluss des städtebaulichen Vertrages wird im Herbst gerechnet.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Langenhorn 73 ist ein weiterer Schritt nach vorn für mehr bezahlbaren Wohnraum und für einen besseren Klimaschutz in Hamburg. Es ist zum einen eine Entscheidung für mehr Lebensqualität der jetzigen Mieterinnen und Mieter, zum anderen werden durch die Nutzung freier Flächen innerhalb der vorhandenen Bebauung 150 zusätzliche Wohnungen geschaffen, die Hamburg dringend braucht.“

Hintergrund

Die Siedlung am Wulffsgrund stammt zum größten Teil aus dem Jahr 1942, ein weiterer Bauabschnitt wurde bis 1952 fertiggestellt. Die Wohnungen sind durchschnittlich 49 qm groß und weder Familien- noch seniorengerecht gestaltet. Aufgrund der baulich schlechten Grundsubstanz aus den Nachkriegsjahren und der geringen Wohnungsgröße sind die Wohnungen langfristig nicht mehr Markt- und nachfragegerecht und weisen eine hohe Fluktuation auf. Die Bausubstanz, die Wohnungszuschnitte und auch der geringe energetische Standard erfordern darüber hinaus hohe Modernisierungskosten. In der zweigeschossigen Wohnanlage mit 34 Gebäuden aus den 40er und 50er Jahren des letzten Jahrhunderts befinden sich 546 Mietwohnungen. Der Gebäudezustand der Siedlung lässt sich nicht auf der Grundlage der bestehenden Bebauungspläne wirtschaftlich instandhalten und nachhaltig modernisieren.

Bürgerentscheid

Seit der öffentlichen Plandiskussion im Juni 2010 gab es gegen den Bebauungsplanentwurf Widerstand. Die Anwohner befürchten den Verlust des Gartenstadtcharakters der Siedlung und darüber hinaus Mieterhöhungen. Daraufhin hat das Bezirksamt eine Bebauungsvariante entworfen. In politischen Gesprächen, die Ende August 2011 stattgefunden haben, wurde diese Kompromissvariante von den Initiatoren ebenfalls abgelehnt. In dem nachfolgenden Bürgerentscheid vom 27. Oktober 2011 haben sich die Abstimmungsteilnehmer – 14,37% der Abstimmungsberechtigten – jeweils mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen sowohl für die Vorlage der Bürgerinitiative als auch für die Vorlage der Bezirksversammlung ausgesprochen. Daraufhin wurde in einem weiteren Bürgerentscheid über die Stichfrage entschieden, in der sich 67,8% der abgegebenen gültigen Stimmen für die Vorlage des Bürgerbegehrens ausgesprochen haben.

Evokation

Nach dem Bürgerentscheid hat die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnen am 1. März 2012 beschlossen, das Bebauungsplanverfahren Langenhorn 73 zu evozieren. Das Bebauungsplanverfahren wird nun durch die Behörde für Stadtentwicklung fortgeführt und es ist beabsichtigt, das Verfahren zügig zum Abschluss zu bringen.

Durch den neuen B-Plan sollen die rechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung von dringend benötigtem Wohnraum und die nachhaltige bauliche und energetische Modernisierung sowie Ergänzung der vorhandenen Wohnanlage geschaffen werden. In kleinen Schritten soll durch die Eigentümer über einen Zeitraum von 10-15 Jahren eine Umstrukturierung der Gesamtanlage durch Abriss und Neubau erfolgen. Dabei bleibt der Siedlungscharakter des Wohngebietes erhalten.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner (040)428.40-32 49, pressestelle@bsu.hamburg.de.

13. Juli 2012/bsu13

Hamburg, Schleswig-Holstein und Vattenfall haben Standortentscheidung getroffen: Neues Innovationskraftwerk soll in Wedel entstehen

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein und der Hamburger Senat befürworten Wedel als Standort für das vom Energieunternehmen Vattenfall und der Stadt Hamburg gemeinsam geplante Gas- und Dampfturbinenkraftwerk. Das haben die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Vattenfall mitgeteilt.

Der Entscheidung war eine intensive und mehrmonatige Prüfung der Standorte Stellingener Moor und Wedel vorausgegangen. Genehmigungsverfahren haben an beiden Standorten begonnen. Im Ergebnis sind es vor allem die Kostenvorteile für die gemeinsame Wärmegesellschaft, die den Ausschlag für Wedel gegeben haben. Hinzu kommt eine kürzere Planungsphase, da Wedel als Kraftwerksstandort bereits voll erschlossen ist.

Hamburgs Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Jetzt legen wir los. Das Innovationskraftwerk ist ein zentraler Baustein für die Energiewende in Hamburg. Wir haben die Standortfrage vor allem nach der Wirtschaftlichkeit entschieden. In Wedel können wir fast hundert Millionen Euro günstiger bauen.“

Schleswig-Holsteins Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Robert Habeck: Das neue Gaskraftwerk in Wedel wird einen Teil Hamburgs in hocheffizienter KWK mit Wärme versorgen. Das ist klimapolitisch gegenüber dem alten Kohlekraftwerk ein großer Fortschritt. Das flexible Kraftwerk mit Wärmespeicher ist darüber hinaus gut geeignet, die bei uns in Schleswig-Holstein sehr erfolgreiche Windenergie in der Übergangszeit zu 100 Prozent Erneuerbaren zu ergänzen. Deshalb werden wir das Projekt gerne konstruktiv begleiten.

Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Europe Wärme AG, Frank May: „Ich freue mich, dass wir die Tradition in Wedel fortsetzen können und gleichzeitig die Integration Erneuerbarer Energien weiter voran bringen. Nach intensiver Prüfung beider Standorte waren es vor allem die erheblichen Kostenvorteile und die kürzere Planungsphase, die die Entscheidung beeinflusst haben.“

Wedels Bürgermeister Niels Schmidt: „Ich freue mich über die Entscheidung für den Standort Wedel. Sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter ökologischen Aspekten ist der Ersatz des alten Kraftwerks durch das geplante Innovationskraftwerk ein Gewinn für die Stadt und Ihre Bürgerinnen und Bürger. Wedel hat eine lange Tradition als Kraftwerksstandort, die wir mit diesem Beitrag zur Energiewende gerne fortsetzen. Verwaltung und politische Entscheidungsträger der Stadt Wedel werden den Fortgang der Genehmigungsverfahren wie bisher konstruktiv unterstützen.“

Mit der Entscheidung für Wedel wird das Genehmigungsverfahren am Standort Stellingen ausgesetzt. Das neue moderne Gas- und Dampfturbinenkraftwerk wird Fernwärme und Strom produzieren und das Steinkohlekraftwerk Wedel aus den 60er Jahren ersetzen. Bestandteil des zu errichtenden Kraftwerks

ist ein innovatives Speichersystem, bei dem Windstromüberschüsse flexibel in Wärme gespeichert werden. Das Gaskraftwerk soll modernste Kraft-Wärme-Kopplung nutzen und nach aktuellen Planungen zur Heizperiode 2016/2017 in Betrieb gehen. Mit dem Bau des neuen Kraftwerkes wird die Fernwärmeanbindung des Kraftwerkes Moorburg hinfällig.

Das neue Innovationskraftwerk ist zentraler Bestandteil des Energiekonzepts mit der Stadt Hamburg. Darin hat sich Vattenfall gegenüber der Hansestadt verpflichtet, in den kommenden sechs Jahren rund 1,5 Milliarden Euro in die Energieinfrastruktur in der Metropolregion zu investieren. Schwerpunkte bilden neue Speichertechnologien und der Umbau zu intelligenten Netzen. Mit der Partnerschaft setzen Hamburg und Vattenfall ein Signal für die Weiterentwicklung der deutschen Energiewirtschaft in Zeiten der Energiewende.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner

040/ 428 40 -3249, pressestelle@bsu.hamburg.de

11. Juli 2012/bwvi11

Mit der Barkasse zur Internationalen Gartenschau igs 2013 Schleusungszeiten der Ernst-August-Schleuse deutlich verkürzt

Heute haben Dr. Bernd Egert, Staatsrat für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Claudia Flecken, Mitglied der Geschäftsleitung der Hamburg Port Authority, Heiner Baumgarten, Geschäftsführer der igs 2013 und weiteren Gästen aus dem maritimen Umfeld auf einer gut besuchten Pressefahrt die maritime Anfahrt zum Gelände der Internationalen Gartenschau getestet. Ab dem kommenden Jahr können auch die Gartenschaubesucher per Barkasse von den Landungsbrücken bis zum neu erbauten Anleger am Wilhelmsburger Rathaus schippern. Die Hamburg Port Authority konnte jetzt die Schleusungszeiten auf rund 11 bis 19 Minuten verkürzen.

Staatsrat Dr. Bernd Egert: „Mit der Barkasse zur Internationalen Gartenschau – das ist eine zusätzliche Attraktion, die zu Hamburg passt und sicher Gäste wie auch Hamburgerinnen und Hamburger begeistern wird. Es freut mich, dass es der HPA gelungen ist, die Schleusungszeiten zu verkürzen und so die Anfahrt auch für die Barkassenbetreiber attraktiv zu machen.“

Claudia Flecken, Mitglied der HPA-Geschäftsleitung: „Die Ernst-August-Schleuse ist ein besonderes Bauwerk: Sie verbindet Stadt und Hafen, Wirtschafts- und Freizeitnutzung. Wir freuen uns, dass wir durch den Bau und den Betrieb der neuen Schleuse, einen weiteren Beitrag für das zukünftige Miteinander von Wirtschaft, Freizeit und Wohnen in Wilhelmsburg leisten konnten. Und dass es uns im Dialog mit den Nutzern gelungen ist, ein optimiertes Nutzungskonzept zu erarbeiten.“

Heiner Baumgarten, Geschäftsführer igs 2013: „Wir sind mit diesem Ergebnis sehr zufrieden. So wird schon die Anfahrt von der Hamburger City mit der Barkasse nach Wilhelmsburg zu einem attraktiven Erlebnis - direkt ins grüne Herz der größten bewohnten Flussinsel Europas zum Anleger an der igs 2013 schippern und dabei das einzigartige maritime Flair der Hansestadt Hamburg genießen.“

Auch die Nutzer der Kanalroute – Barkassenbetreiber, Motorbootschiffer, Ruderer und Kanuten – freuen sich über die stark verkürzten Schleusungszeiten. So hoffen vor allem die Anbieter solcher Touren und die Wirte von Ausflugsgaststätten wieder auf gute Geschäfte,

nachdem einige Schiffsunternehmer im Frühjahr angekündigt hatten, keine Touren durch den Ernst-August-Kanal nach Wilhelmsburg mehr anbieten zu wollen.

Hubert Neubacher, Geschäftsführer von Barkassen-Meyer Touristik GmbH & Co. KG und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „igs Schiff“: „So sind solche Anfahrten für die Ausflugsschiffahrt plötzlich wieder interessant geworden. Jetzt müssen wir deren Attraktivität für alle schmackhaft machen und die Nachfrage für solche Touren ankurbeln.“

Damit die ersten Schiffe den neuen Anleger am Rathaus Wilhelmsburg ansteuern können, stehen noch einige Arbeiten an: Um den Barkassen eine ausreichende Wassertiefe und Durchfahrtshöhe zu garantieren, müssen erst noch der Aßmannkanal entschlammt und zwei Brücken über die Rathauswettern fertiggestellt werden. Diese Arbeiten schließt der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer bis zum Jahresbeginn 2013 ab.

Hintergrund Ernst-August-Schleuse: Mit dem Neubau der Ernst-August-Schleuse hat die Hamburg Port Authority (HPA) eine Schlüsselstelle des Hochwasserschutzes für Wilhelmsburg „wasserdicht“ gemacht. Sie führt zwischen Spreehafen und Ernst-August-Kanal etwa 100 Meter weiter östlich durch den Klütjenfelder Hauptdeich als die alte Schleuse und schließt den Deichring der Elbinsel - angepasst an die aktuelle Schutzlinie von 8,10 Meter NN. Die Kammer der neuen Schleusen hat eine Länge von ca. 48 Metern. Derzeit finden rund 500 Schleusungen pro Jahr statt. Seit 1930 überwindet die Ernst-August-Schleuse den tideabhängigen Höhenunterschied zwischen dem Ernst-August-Kanal und der Elbe, be- und entwässert Abschnitte des Wilhelmsburger Kanalsystems und schützt das dahinterliegende Land vor Überflutung. Nutzer des Ernst-August-Kanals sind hauptsächlich Freizeit- und Sportschiffe sowie Baufahrzeuge und Pontons.

Hintergrund igs 2013: Nach vierzig Jahren richtet die Hansestadt Hamburg wieder eine internationale Gartenschau aus. Mitten im Herzen der Elbmetropole entstehen auf über 100 Hektar auf Europas größter Flussinsel Wilhelmsburg sieben attraktive Erlebnisswelten. Unter dem in Anlehnung an Jules Vernes' fantastischen Roman entstandenen Motto „In 80 Gärten um die Welt“ nimmt die internationale Gartenschau Hamburg (igs 2013) vom 26. April bis 13. Oktober 2013 ihre Besucher mit auf eine abwechslungsreiche Weltreise durch die Klima- und Vegetationszonen dieser Erde. Und die igs 2013 erfüllt nicht nur Blümenträume: Der „Wilhelmsburger Inselpark“ wird für die ganze Familie auch zu einem Park mit viel Kultur und Mitmachaktionen, zum Sportvergnügen für Bewegungshungrige und zu einer ersten Adresse für Freunde der heimischen und internationalen Küche. Rund 2,5 Millionen Gäste werden erwartet.

Kontakt:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation; Susanne Meinecke
pressestelle@bwvi.hamburg.de

T: (040) 428 41 -2239,

Internationale Gartenschau Hamburg 2013 gmbh, Michael Langenstein
Hamburg Port Authority, Alexander Schwertner

T: (040) 226 31 98 -401; presse@igs-hamburg.de
Mobil +49 151 42175523; pressestelle@hpa.de

Hafenbahn: Schnelles Netz für schnelle Züge

Neues Bahn-IT-System im Hamburger Hafen erfolgreich eingeführt / Moderne Technik hilft Transportkapazitäten zu erhöhen ohne neue Gleise zu verlegen.

Hamburg, 10. Juli 2012/hpa10 – Die Hafenbahn hat einen entscheidenden Schritt in die Zukunft getan. Mit TransPORT Rail Basic löst ein neues IT-System das alte HABIS ab. In den vergangenen Monaten haben bis zu 50 Programmierer daran gearbeitet. TransPORT Rail Basic stellt Infrastrukturdaten für die Verwaltung von Fahrten, Reihungen und Standortbuchungen bereit. Ziel ist, die immer komplexer werdenden Abläufe zu optimieren, die Durchfahrtszeiten zu verringern und damit die Umschlagskapazität zu erhöhen. Die Hafenbahn hat damit eines der weltweit modernsten IT-Systeme auf diesem Sektor bekommen.

„Der Hamburger Hafen steht vor der Herausforderung, immer größere Mengen auf begrenztem Raum ins und aus dem Hinterland zu transportieren. Dank des neuen IT-Systems wird die Hafenbahn noch leistungsfähiger“, so Harald Kreft, Leiter Hafenbahn und Mitglied der HPA-Geschäftsleitung.

„Unser Ziel ist, nach und nach alle Transportwege vom Wasser über die Straße bis hin zur Schiene miteinander zu vernetzen“, so Sebastian Saxe, Chief Information Officer und Mitglied der HPA-Geschäftsleitung.

In enger Zusammenarbeit mit den Ladestellen und den beteiligten Bahnunternehmen hat TransPORT Rail Basic Ende Juni seinen Betrieb aufgenommen. Zwei Vorstufen des Systems konnten bereits vorher erfolgreich installiert werden. Nun hat die HPA die Terminals, die Bahnoperateure, den Zoll, die Wasserschutzpolizei und die Eisenbahnverkehrsunternehmen auf die neuen Schnittstellen geschaltet. Insgesamt 99 Verkehrsunternehmen und 80 Betriebe mit 135 Ladestellen waren von der Umstellung betroffen. Entwickelt hat die HPA das neue Programm zusammen mit Dakosy und Lufthansa Systems.

24/7 Kundenbetreuung für bahnbetriebliche Prozesse

Seit der Inbetriebnahme von TransPORT Rail Basic bietet die HPA für alle an der Bahnproduktion beteiligten Unternehmen eine 24/7-Servicenummer an. Die HPA-Kundenbetreuer sind unter der Servicenummer (040) 42847-1888 rund um die Uhr zu erreichen.

Die Hafenbahn im Überblick

Die Hamburger Hafenbahn ist ein Unternehmensbereich der Hamburg Port Authority (HPA). Ihr Netz umfasst rund 300 Kilometer Gleise und etwa 880 Weichen. Rund 110 Kilometer des Gleisnetzes sind elektrifiziert. Im Hamburger Hafen erschließt die Hafenbahn mehr als 170 Gleisanschlüsse von Umschlags-, Logistik-, und Hafenindustriebetrieben. An einem Werktag verkehren im Hamburger Hafen rund 200 Güterzüge mit über 4500 Wagen. Insgesamt sind 99 Eisenbahnverkehrsunternehmen auf den Gleisen der Hafenbahn tätig.

Im Jahr 2011 erzielte sie das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Erstmals sind über zwei Millionen Container (TEU) innerhalb eines Jahres über die Gleise der Hafenbahn gerollt. Damit hat sie gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2010 im Containerbereich noch einmal ein Wachstum von 6,5 Prozent erreicht. Insgesamt wurden auf der Hafenbahn im Jahr 2011 rund 41,9 Millionen Tonnen Güter transportiert.

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de



IBA_HAMBURG

PRESSEINFORMATION

HIPE GmbH
Hamburger Immobilien Projekt- und Entwicklungsgesellschaft mbH



Grundsteinlegung des Eingangskomplexes am Inseipark

Grundstein für Gebäudeensemble in Wilhelmsburg-Mitte

Heute, am 12. Juli 2012 um 13 Uhr, fand die Grundsteinlegung für den Eingangskomplex am Inseipark in Hamburg-Wilhelmsburg im Rahmen der IBA Hamburg statt. Grußworte sprachen Frau Jutta Blankau, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, sowie Herr Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH und Herr Torsten Rieckmann, Geschäftsführer der KerVita-Gruppe.

Das Gebäudeensemble besteht aus einem Pflegeheim mit KITA und Pflegeschule, einem Ärztehaus mit Gewerbe- und Wohneinheiten sowie einer Tiefgarage, einer Stellplatzanlage und zwei Wohngebäuden. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 35 Mio. Euro werden knapp 27.000 qm Bruttogeschoßfläche realisiert, die dem IBA-Exzellenz-Standard sowohl in architektonischer als auch energetischer und sozialer Hinsicht entsprechen.

Als größter Teil des Eingangskomplexes auf dem Gelände der Bauausstellung in der Bauausstellung der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg wird das KerVita Senioren-Zentrum „Am Inseipark“ mit 141 Pflegeplätzen errichtet. Inmitten des zukünftigen igs-Parks (Internationale Gartenschau), gegenüber des S-Bahnhofs Wilhelmsburg, liegen in unmittelbarer Nähe das Ärztehaus, das Haus der InselAkademie, eine Schwimm- und Basketballhalle sowie das WÄLDERHAUS, ein multifunktionales Ausstellungs-, Schulungs- und Beherbergungsgebäude.

IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg sagte: „Mit dem neu entstehenden Gebäudeensemble erhält der ganze Stadtteil ein besonders vielseitiges, nutzungsgemischtes und innovatives Angebot aus Gesundheit, Freizeit, Bildung, Gewerbe und Wohnen. Städtebaulich bildet der Gebäudekomplex das vis-à-vis zum neuen BSU-Gebäude und formuliert einen neuen Eingang nach Wilhelmsburg und zum neuen Inseipark der igs. Ich freue mich besonders darüber, dass es uns in enger Zusammenarbeit mit Investoren und Architekten gemeinsam gelungen ist, dieses anspruchsvolle Projekt zu entwickeln und heute die Grundsteinlegung feiern zu können.“

Das Architekturbüros Bolles+Wilson aus Münster entwarf das Ärztehaus und Haus der InselAkademie, aus dem Büro feddersenarchitekten aus Berlin kommt der Entwurf des KerVita Pflegeheims (mit Pflegeschule und KITA). Verschiedene Studien unabhängiger Beratungsunternehmen stuften Wilhelmsburg-Mitte als Standort für ein neues Pflegeheim sehr positiv ein. Knapp ein Drittel der Pflegeheime in Hamburg wurden vor 1970 erbaut und entsprechen nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Pflege mit technisch hochwertiger Ausstattung und altersgerechter Funktionalität. „Fast jeder fünfte der rund 50.000 im Einzugsgebiet lebenden Einwohner ist bereits über 65 Jahre alt. Bisher gibt es nur drei Pflegeheime mit insgesamt 238 Plätzen, das ist nicht ausreichend“, so **KerVita-Geschäftsführer Rieckmann**.

Seit Gründung der KerVita-Gruppe bietet das Unternehmen Privatanlegern die Chance, am Erfolg des Wachstumsmarktes Pflegeimmobilien teilzuhaben. In Wilhelmsburg ermöglicht KerVita privaten Kapitalanlegern mit einem Einzelvertrieb der Appartements eine direkte Investitionsmöglichkeit in Pflegeimmobilien. „Mit dem aktuellen Vertriebsstand von 25% sind wir sehr zufrieden und erwarten den Verkauf der letzten Einheiten innerhalb der nächsten vier Monate“, sagt Torsten Rieckmann. Vorteile dieser Kapitalanlageform, die sich steigender Nachfrage erfreut, sind unter anderem ein langfristiger Mietvertrag, ein eigenes Grundbuch, steuerliche Vorteile, Inflationsausgleich sowie

Fördermöglichkeiten aufgrund der Energieeffizienz. Das KerVita Senioren-Zentrum wird im Sommer 2013 eröffnet.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Kristina Hödl, Leiterin Stabsstelle Presse, kristina.hoedl@iba-hamburg.de,
Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel:
040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

KerVita-Gruppe, Angela Zimmer, Tel.: 040 / 696486-1049, a.zimmer@kervita.de, www.kervita.de

Aktuelles Bildmaterial finden Sie unter folgendem Link:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Code: [LFproxqW](#)

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

13.07.2012/fb13

Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte

Der Übergang vom papiergebundenen Verfahren zum neuen elektronischen Verfahren ELStAM (Elektronische Lohnsteuer Abzugsmerkmale) ist für das Jahr 2013 geplant. Er wird schrittweise vollzogen. Dadurch soll allen Beteiligten ein reibungsloser Übergang in das neue Verfahren ermöglicht werden. Derzeit wird für die bundesweite Einführung ein Konzept für Arbeitgeber, Softwarehersteller und die Finanzverwaltung erarbeitet. Dabei wird besonders berücksichtigt, dass Arbeitgeber ihre Software und ihre betrieblichen Abläufe an das neue Verfahren anpassen müssen.

Die zukünftige Anwendung der ELStAM wird das Lohnsteuerabzugsverfahren für alle Beteiligten vereinfachen. Insgesamt sind über 40 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und mehr als 2 Millionen Arbeitgeber von der Umstellung betroffen. Sobald Arbeitgeber das elektronische Verfahren nutzen, können sie die von der Finanzverwaltung bereitgestellten ELStAM ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie z.B. die Steuerklasse und Freibeträge, abrufen. Steuerlich bedeutsame Änderungen werden dann nach ihrer Eintragung im Melderegister (z. B. Heirat, Geburt eines Kindes, Kirchenein- oder Kirchenaustritt) automatisch beim Lohnsteuerabzug der Arbeitnehmerin und des Arbeitnehmers berücksichtigt.

Die Finanzverwaltung wird rechtzeitig über weitere Details informieren.

Weitere Hinweise zum Thema ELStAM finden Sie unter: www.elster.de

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de